

Einfache Anfrage Bruss-Diepoldsau:**«Krankenkassenprämien und staatliche Gesundheitsdiktatur – Systemwechsel zu einem obligatorischen, persönlichen Gesundheitssparkonto**

Die Bürger ächzen unter den Belastungen der obligatorischen Gesundheitskosten, finanziert durch Krankenkassenprämien und Steuergelder – mittlerweile haben die Kosten die 80-Milliarden-Grenze weit überschritten.

Die Ursprungsidee der Solidarität ist kläglich gescheitert. Während über das Obligatorium alles Mögliche und Unmögliche finanziert wird, können sich viele Bürger kaum mehr den eigenen Zahnarztbesuch leisten. Kranke Zähne können z.B. viele Folgen im Körper auslösen.

Es kann nicht angehen, dass sich gewisse Kreise überall problemlos behandeln lassen können und die eigenen Bürger, welche das finanzieren, auf der Strecke bleiben. Der Mittelstand wird genötigt, die Franchise zu erhöhen, um Einsparungen bei den obligatorischen Prämien zu erzielen. Fakt ist, dass so ein Arztbesuch fast verunmöglicht wird, da die Selbstkosten kaum mehr finanziert werden können. Es erfolgt eine Verschuldung wegen unserem unsolidarischem Gesundheitssystem.

Der Staat diktiert uns mit einer unsäglichen Bürokratie, wo, wer, wie, wann und unter welchen Bedingungen wir eine Gesundheitsinstitution aufsuchen dürfen und welche Präventionen bezahlt werden.

Der Bürger muss und soll wieder mehr Verantwortung für seine Gesundheit übernehmen dürfen – mit einem persönlichen obligatorischen Gesundheitssparkonto, welches übertragbar, vererbbar und vor allem überall eingesetzt werden kann – z.B. vom Apothekenbesuch über den Heilpraktiker und Hypnosetherapeuten bis zum medizinischen Fachspezialisten.

Solidarität für komplexe Fälle muss über das Steuersystem und die obligatorischen Abgaben wie IV funktionieren. Dafür sollten Letztere endlich von den AHV-Abgaben getrennt werden. Detaillierte Vorschläge sind unter folgendem Link zu finden: <https://patriotenschweiz.ch/das-3-saeulenprinzip-der-krankenkassenpraemien>.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Könnten wir mit einem solchen System die persönlichen Gesundheitsbedürfnisse der Bürger nicht besser abholen sowie die Diskriminierung und viel Bürokratie beseitigen?
2. Wäre es möglich, im Kanton ein solches Pilotprojekt einzuführen?
3. Würden damit allenfalls bei den aktuell rund 150 Mio. Franken Prämienverbilligungen Ressourcen frei für die Behandlung komplexer Fälle?»

2. Februar 2024

Bruss-Diepoldsau